

## Aufbruch zu einer wirklichen Friedenserziehung an Schulen in Baden-Württemberg

Beschluss der Vollversammlung des Landesjugendrings am  
5. April 2014

- 1) Erziehung zum Frieden ist ein wesentliches Bildungsziel, dem sich die Jugendverbände in ihrer Arbeit verpflichtet fühlen. Sie ist ein wesentlicher Teil formaler und non-formaler Bildung und muss immer wieder neu in den grundlegenden Orientierungen für die Bildungsarbeit lebendig gemacht werden. Auch in der baden-württembergischen Landesverfassung im Artikel 12 ist die Erziehung zur Friedensliebe als klares Erziehungsziel benannt, ebenso im baden-württembergischen Schulgesetz § 1 Abs. 2. In der Neuformulierung der Bildungspläne wird die Landesregierung diesem Anspruch allerdings nicht gerecht. Es werden herausragende Leitprinzipien formuliert, ohne die Friedenserziehung angemessen einzubeziehen.

Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, der Erziehung zum Frieden den herausragenden Stellenwert einzuräumen, den die Landesverfassung und das baden-württembergische Schulgesetz ihr zumessen und dies in den Bildungsplänen entsprechend zu berücksichtigen.

- 2) Die Schule soll sich in ihrem Rahmen mit der Rolle des Militärs und den unterschiedlichen Konzepten der Konfliktlösung und Friedenssicherung auseinandersetzen und Schülerinnen und Schülern ermöglichen einen eigenen friedensethischen Standpunkt zu entwickeln. Dazu ist eine breite Information über die Bundeswehr hinaus notwendig. Schon die vorherige Landesregierung hat aber der Bundeswehr 2009 vertraglich den Zugang zu den Schulen eröffnet und ihr Privilegien eingeräumt, die keiner anderen Gruppe zustehen. Sie läuft damit Gefahr, einseitig auf die militärische Option von Konfliktlösung und Friedenssicherung zu setzen. Vertreter gewaltfreier Konfliktlösungen sind selten Gast in den Schulen; in der Regel sind diese ehrenamtlich tätig und können mit dem professionell ausgestatteten Apparat der Bundeswehr, den geschulten Jugendoffizieren und deren Materialangebot, nicht mithalten.

Wir fordern die Landesregierung auf, die Privilegierung der Bundeswehr einzustellen, den Vertrag zu beenden und eine breite Beteiligung am schulischen Diskurs zu ermöglichen.

3) Die Bundeswehr nutzt schulische Veranstaltungen zur Anwerbung Minderjähriger für den Militärdienst. Sie wirbt darüber hinaus in klassischen Jugendzeitschriften wie der „Bravo“ und lädt 16–19-Jährige zu kostenlosen Abenteuer camps ein. Als Jugendverbände stehen wir für Angebote erlebnisorientierter Freizeiten wie auch für Soziales Lernen und die Vermittlung gewaltfreier Konfliktlösungen. 2014 hat die Landesregierung das Jahr der Kinder- und Jugendrechte ausgerufen. Diesen Schritt unterstützen wir ausdrücklich. Leider widerspricht die aktuelle Praxis der Bundeswehr, Minderjährige zum Dienst an der Waffe anzuwerben und sie an der Waffe auszubilden, fundamental dem Anliegen des Jahres der Kinder- und Jugendrechte wie auch dem Geist der auch von Deutschland unterzeichneten UN-Kinderrechtskonvention.

Wir fordern die Bundesregierung auf, diese Praxis zu beenden und bitten die Landesregierung, sich im Bundesrat ebenfalls dafür einzusetzen.

Der Landesjugendring unterstützt die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ und setzt sich generell für ein Kooperationsverbot von Bundeswehr und Schulen ein.

*Beschlossen in der Vollversammlung des Landesjugendrings Baden-Württemberg e.V. am 5. April 2014.*